

Italien tut sich schwer mit Russland-Sanktionen

Das Land laviert und wünscht, den Energiesektor zu verschonen / Tauben und Falken in der EU

chs. ROM. Der italienische Ministerpräsident Mario Draghi hat die russische Anerkennung der Separatistengebiete in der Ukraine am Dienstag „aufs Schärfste“ verurteilt. Die Verletzung der demokratischen Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine sei nicht hinzunehmen. Er stünde in ständigem Kontakt mit den Verbündeten. „Dialog ist nach wie vor unerlässlich, aber wir legen in der EU jetzt Maßnahmen und Sanktionen gegen Russland fest“, kündigte Draghi an.

Am Freitag hatte er auf einer Pressekonferenz noch andere Akzente gesetzt. Da plädierte Draghi dafür, den Energiesektor von den Sanktionen auszunehmen. „Italien hat nur Gas, es hat weder Atomkraft noch Kohle und ist daher stärker exponiert.“ Wladimir Putin habe Italien in Aussicht gestellt, seine Gaslieferungen „gegebenenfalls“ zu erhöhen, berichtete Draghi. Das sei ein „Engagement, das ich sehr schätze, aber heute bleibt es eben nur ein Engagement“ – ohne jede Sicherheit, meinte Draghi.

Das italienische Lavieren zeigt, dass die EU-Mitgliedsländer in der Sanktionsfrage nicht alle auf einer Wellenlänge liegen. Wie hart die Sanktionen ausfallen, war am Dienstag in Brüssel Gegenstand intensiver Verhandlungen. Europa plant nun zunächst Maßnahmen, die auf Banken, Finanzmärkte und den Außenhandel abzielen, teilten die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der EU-Ratspräsident Charles Michel in Brüssel mit. Ein Entwurf des Sanktionspakets enthalte unter anderem Vorkehrungen, um für Russland den Zugang zu den europäischen Kapital- und Finanzmärkten einzuschränken. Banken, die russische Operationen in der Ukraine finanzieren, sollen direkt mit Sanktionen belegt werden. Zudem nimmt die EU politische Verantwortliche aus Russland mit gezielten Einschränkungen ins Visier.

An der heiklen Energiefrage jedoch scheiden sich die Geister. Wer ist Taube, wer ist Falke? Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat mit dem Stopp der Genehmigung für Nord Stream 2 am Dienstag ein Zeichen gesetzt, dass Deutschland trotz seiner hohen Gasimporte aus Russland nicht unbedingt zum Lager der Bremsen gehört. Zu diesem wurden neben Italien bisher auch Österreich und Ungarn gezählt. Eine harte Antwort dagegen fordern baltische Staaten wie Litauen sowie Polen, die um ihre Sicherheit fürchten. Die Sanktionen sollten „nicht nur symbolisch sein, forderte der litauische Vizeaußenminister Arnoldas Pranckevicius.

Die Haltung in der Sanktionsfrage bestimmten sicherheitspolitische Erwägungen, aber auch die Abhängigkeiten in der Energiefrage. „Italien hängt noch stärker vom Gas ab als Deutschland, denn es hat weniger Alternativen“, sagt Eleonora Tafuro Ambrosetti, geopolitische Expertin im Institut für Studien der internationalen Politik (ISPI) in Mailand. Mehr als 90 Prozent des in Italien verbrauchten Gases kommen aus dem Ausland, obwohl Italien selbst über Gasvorkommen verfügt. Doch ihre Förderung wurde aus umweltpolitischen Gründen in den vergangenen Jahren stark zurückgefahren.

Importgas stand dagegen leicht zugänglich immer zur Verfügung. „Russland war ein zuverlässiger Lieferant, der Verträge zu guten Konditionen angeboten hat“, berichtet Davide Tabarelli, Hochschullehrer in Bologna und Leiter des Beratungsunternehmens Nomisma Energia. Die italienischen Energieunternehmen, allen voran der teilstaatliche Anbieter Eni sowie Edison im Besitz des französischen Staatskonzerns EDF, schlossen daher gerne umfassende und langlaufende Verträge mit Gazprom ab.

Jetzt werden die Italiener nervös. Das liegt auch daran, dass der größte Teil des

russischen Gases über die Pipeline namens TAG durch die Ukraine nach Italien kommt. Die Verbindungen Turkstream und Blue Stream über das Schwarze Meer und die Türkei fallen dagegen weniger ins Gewicht. Auch über Nord Stream 1 in der Ostsee gelangt Gas nach Italien, doch ebenfalls in geringem Umfang.

Ein Hoffnungswort ist indes die neue Pipeline TAP, die Gas aus Aserbaidschan anliefern und im süditalienischen Apulien ankommt. Im vergangenen Jahr lieferte die erst 2020 eingeweihte Leitung schon fast 10 Prozent der Importe. Flüssiggas kam im vergangenen Jahr im Volumen von gut 13 Prozent der Einfuhren ins Land. Drei Terminals stehen an Italiens Küsten bereit, allerdings sind sie nicht auf neuestem Stand. „Es könnte mehr investiert werden, doch das Problem ist, dass es allgemein zu wenig Flüssiggas gibt“, meint Energiefachmann Tabarelli.



Viel russisches Gas für Italien Foto Bloomberg

Gas ist energiepolitisch das Lebenselixier Italiens. Die Bürger heizen und kochen damit, zudem wird die Hälfte des Stromes damit erzeugt. 2020 wurden rund 43 Prozent des italienischen Primärenergieverbrauchs durch Erdgas gedeckt, während es in Deutschland nur 28 Prozent waren, berichtet die Internationale Energieagentur in Paris. Russland ist mit Abstand der größte Gaslieferant Italiens mit mehr als 40 Prozent der Importe – fast doppelt so viel, wie Algerien liefert, und viermal so viel, wie jeweils aus Norwegen und Qatar kommen. Erschwerend kommt hinzu, dass Italien auch viel Öl aus Russland bezieht. 2019 waren die Russen der größte Rohöllieferant des Landes.

In der Vergangenheit sind die russischen Lieferungen zwar nie ausgefallen, doch niemand kann ausschließen, dass nun eine andere Lage entsteht. Italien hat auch lange Zeit über eine Leitung durch die Schweiz und Deutschland Gas aus den Niederlanden bezogen. Doch Den Haag beschloss, die Produktion im großen Gasvorkommen in der Region Groningen in diesem Jahr aus Gründen der Erdbebensicherheit auslaufen zu lassen. Auch mit Deutschland besteht darüber ein Konflikt.

Wegen der drohenden Knappheit will die italienische Regierung nun die eigenen Gasvorkommen in der Adria, vor Sizilien und der Basilikata wieder stärker fördern. Industrievertreter bedauern aber, dass laut dem kürzlich vorgelegten Plan die Produktion nur auf den schon bestehenden Plattformen hochgefahren werden soll. Energiefachmann Tabarelli befürchtet, dass der Plan die italienische Erzeugung überhaupt nicht erhöhen wird. Er schlägt stattdessen für Europa eine schärfere Regulierung vor: Es sollte vorgeschrieben werden, dass alle europäischen Gaslager vor dem Winter gefüllt sein müssen. Damit könnte der Kontinent potentiellen Versorgungsproblemen besser begegnen.

Le sanzioni alla Russia mettono in difficoltà l'Italia

Il Paese si barcamena e spera che il settore energetico venga risparmiato. Tra falchi e colombe dell'UE.

Christian Schubert, Roma

Il primo ministro italiano Mario Draghi ha condannato duramente l'appoggio che la Russia ha dato martedì ai separatisti in Ucraina. La violazione della sovranità democratica e dell'integrità territoriale dell'Ucraina è inaccettabile. Ha aggiunto di essere costantemente in contatto con gli alleati. "Il dialogo rimane essenziale, ma ora noi europei stiamo stabilendo misure e sanzioni contro la Russia", ha annunciato Draghi.

Nella conferenza stampa di venerdì si era soffermato anche su altre questioni. Draghi ha chiesto di esentare il settore energetico dalle sanzioni. "L'Italia ha solo il gas, non ha né il nucleare né il carbone, per questo è più esposta". Vladimir Putin aveva proposto all'Italia di aumentare le sue forniture di gas "se necessario", ha riferito Draghi. Questo è un "impegno che apprezzo molto, ma oggi rimane appunto solo un impegno", senza alcuna certezza, ha detto il premier.

La manovra italiana mostra che gli stati membri dell'UE non sono tutti sulla stessa lunghezza d'onda riguardo alla questione delle sanzioni, la cui severità è stata oggetto di intensi negoziati martedì a Bruxelles. Ora l'Europa sta innanzitutto pianificando misure rivolte alle banche, ai mercati finanziari e al commercio estero, hanno annunciato a Bruxelles il presidente della Commissione UE Ursula von der Leyen e il presidente del Consiglio UE Charles Michel. Una bozza del pacchetto di sanzioni contiene, tra l'altro, disposizioni per limitare l'accesso della Russia ai mercati finanziari e dei capitali europei. Le banche che finanziano le operazioni russe in Ucraina verranno sanzionate. L'UE sta inoltre prendendo di mira, con specifiche restrizioni, anche i leader politici russi.

Per quanto riguarda la spinosa questione dell'energia le opinioni sono divergenti. Chi è la colomba e chi il falco? Bloccando l'approvazione del gasdotto *Nord Stream 2*, martedì il cancelliere Olaf Scholz (SPD) ha voluto mettere in chiaro che la Germania, nonostante le sue elevate importazioni di gas dalla Russia, non appartiene necessariamente al campo dei frenatori. Oltre all'Italia, anche l'Austria e l'Ungheria sono state annoverate tra questi. Al contrario, gli stati baltici come la Lituania e la Polonia, che temono per la loro sicurezza, esigono una risposta dura. Il vice ministro degli esteri lituano Arnoldas Pranckevicius ha chiesto che le sanzioni "non siano solo simboliche".

L'atteggiamento in merito alla questione delle sanzioni è stato determinato sia da considerazioni sulla sicurezza, che dalle dipendenze energetiche. "Rispetto alla Germania, l'Italia è più dipendente dal gas, perché ha meno alternative", spiega Eleonora Tafuro Ambrosetti, esperta di geopolitica all'Istituto di Studi di Politica Internazionale (ISPI) di Milano. Più del 90 per cento del gas consumato in Italia proviene dall'estero, anche se l'Italia

stessa possiede giacimenti di gas, la cui estrazione, tuttavia, è stata notevolmente ridotta negli ultimi anni per motivi ambientali.

Il gas importato, invece, era sempre disponibile. "La Russia era un fornitore affidabile, che offriva contratti a buone condizioni", riferisce Davide Tabarelli, docente universitario a Bologna e responsabile della società di consulenza Nomisma Energia. Le compagnie energetiche italiane, in primo luogo la semistatale Eni ed Edison, di proprietà della società statale francese EDF, erano quindi felici di firmare contratti a lungo termine con Gazprom.

Ora gli italiani si stanno innervosendo. Anche perché la maggior parte del gas russo che arriva in Italia passa proprio dal gasdotto TAG che attraversa l'Ucraina. I collegamenti Turkstream e Blue Stream attraverso il Mar Nero e la Turchia, invece, sono meno importanti. Il gas arriva in Italia anche attraverso il gasdotto Nord Stream 1 nel Mar Baltico, ma in misura minore.

Ma ora c'è un barlume di speranza: il nuovo gasdotto TAP, che trasporta il gas dall'Azerbaijan alla Puglia, l'anno scorso ha garantito quasi il 10% delle importazioni. L'anno scorso il gas liquefatto ha rappresentato un buon 13% delle importazioni. Sulle coste italiane sono già pronte tre unità terminali, anche se non sono al passo con i tempi. "Si potrebbe investire di più, ma il problema è la generale carenza di gas liquefatto", dice l'esperto di energia Tabarelli.

In termini di politica energetica il gas è la "linfa vitale" dell'Italia. I cittadini lo usano per riscaldarsi e cucinare. Metà dell'elettricità del Paese viene generata da gas. Nel 2020 circa il 43% del consumo di energia primaria in Italia era coperto dal gas naturale, mentre in Germania solamente il 28%, riferisce l'Agenzia Internazionale dell'Energia di Parigi. La Russia è di gran lunga il più grande fornitore di gas dell'Italia, rappresentando più del 40% delle importazioni - quasi il doppio delle forniture dall'Algeria e quattro volte quelle provenienti rispettivamente da Norvegia e Qatar. Oltretutto l'Italia compra anche molto petrolio dalla Russia. Nel 2019 i russi sono stati il principale fornitore di petrolio greggio del Paese.

In passato le forniture russe non sono mai mancate, ma nessuno può escludere che ora la situazione cambi. Per molto tempo l'Italia ha importato gas anche dai Paesi Bassi, attraverso un gasdotto che attraversava la Svizzera e la Germania. Ma quest'anno l'Aia ha deciso di interrompere la produzione nel grande giacimento della regione di Groningen, per ragioni di sicurezza sismica. Riguardo a questo c'è anche un diverbio con la Germania.

A causa della imminente carenza, il governo italiano vuole ora aumentare la produzione dai giacimenti di gas nell'Adriatico, al largo della Sicilia e della Basilicata. I rappresentanti dell'industria si rammaricano, tuttavia, che - come previsto dal piano recentemente presentato - la produzione dovrà essere aumentata solamente sulle piattaforme già esistenti. L'esperto di energia Tabarelli teme che questo piano non aumenterà affatto la produzione italiana. Spinge invece per una regolamentazione più severa a livello europeo: ci dovrebbe essere un requisito per il quale tutti gli impianti di stoccaggio di gas europei debbano essere riforniti prima dell'inverno. Questo permetterebbe al continente di affrontare meglio i potenziali problemi di approvvigionamento.

Seenotrettung im Mittelmeer

Schikane kann weitergehen

EuGH-Anwalt sieht Recht für Italien, Seenotrettungsschiffe festzuhalten. Urteil steht noch aus

Geht es nach dem zuständigen Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof (EuGH), darf Italien die Schiffe der deutschen Hilfsorganisation Sea-Watch grundsätzlich auf Mängel überprüfen, wenn diese in italienischen Häfen liegen. Die entsprechende Richtlinie könne angewandt werden bei Schiffen, die – wie bei jenen von Sea-Watch – als Mehrzweckschiffe registriert seien, aber Rettungseinsätze leisteten, erklärte Athanasios Rantos am Dienstag in seinen in Luxemburg vorgelegten Schlussanträgen. Demnach dürften Schiffe mit »schweren Mängeln« festgehalten werden.

Sea-Watch hatte in Italien geklagt, weil zwei ihrer unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe in sizilianischen Häfen festgehalten worden waren. Die italienischen Behörden begründeten dies damit, dass diese Schiffe nicht dafür ausgerüstet seien, mehrere hundert Menschen an Bord zu haben. Das italienische Gericht bat den EuGH um Auslegung des EU-Rechts. Der Generalanwalt erklärte nun in seinem Gutachten, ein Schiff, das regelmäßig mehr Menschen als genehmigt befördere, könne unter bestimmten Umständen eine Gefahr darstellen. Das rechtfertige eine zusätzliche Überprüfung.

Das nationale Gericht müsse aber immer den Einzelfall betrachten. Die Richterinnen und Richter des EuGH sind bei ihrer Entscheidung nicht verpflichtet, sich an die Auffassung des Generalanwalts zu halten, orientieren sich aber oft daran. Die Urteilsverkündung steht noch aus.

Seit 2015 hat sich die Organisation der Rettung von Asylsuchenden, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, verschrieben. Bisher war Sea-Watch mit ihren Schiffen und Aufklärungsflugzeugen nach eigenen Angaben an der Rettung von mehr als 37.000 Menschen beteiligt. Mitte vergangenen Jahres war nach den beiden Schiffen von Sea Watch und zwei weiteren Seenotrettungsschiffen auch die »Sea-Eye 4« des deutschen Vereins Sea-Eye von den italienischen Behörden in Palermo an die Kette gelegt worden. Wie dessen Vorsitzender Gordon Isler damals gegenüber jW erklärte, sei – exemplarisch für alle Prüfungen in Italien – der rote Faden in der Argumentation der Küstenwache gewesen, dass das Schiff zu viele Menschen gerettet und transportiert habe. Die Seenotrettungsschiffe sind meist umgebaute Frachtschiffe, deren erstes Ziel die Rettung der Menschen ist. Da italienische und maltesische Häfen, die

in der Regel die nächsten sicheren Häfen für eine Anlandung sind, sich oft über Wochen weigern, die Schiffe einlaufen zu lassen, scheint es mehr als zynisch, ihnen nun zu attestieren, sie seien nicht dafür ausgerüstet, so viele Menschen an Bord zu beherbergen.

Ihr Einsatz war überhaupt erst nötig geworden, da die aus EU-Sicht zu erfolgreichen Missionen »Mare Nostrum« (2013/14, Italien, rund 150.000 Gerettete) und »Operation Sophia« (2015–2018, EU, mehr als 50.000 Gerettete) eingestellt wurden. Schiffbrüchige in Seenot waren nun auf Hilfe von Handelsschiffen angewiesen bzw. den Patrouillen der von der EU aufgerüsteten sogenannten Libyschen Küstenwache ausgeliefert. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) aus dem Jahr 2019 griff die »Küstenwache« damals zwischen 70 und 80 Prozent der Asylsuchenden auf und internierte sie in Libyen. Nach Angaben von Amnesty International sind in den vergangenen fünf Jahren mehr als 82.000 Flüchtlinge in das Kriegsland zurückgebracht worden. Seit 2014 starben laut IOM 23.499 Menschen im Mittelmeer oder gelten als vermisst.

Via libera alle vessazioni

L'avvocato generale della Corte di giustizia europea riconosce all'Italia il diritto di bloccare le navi cariche di migranti al momento dell'attracco. La sentenza non è ancora stata pronunciata.

Secondo l'avvocato generale della Corte di giustizia europea, l'Italia ha il diritto di ispezionare le navi dell'ONG tedesca *Sea-Watch* se queste approdano nei porti italiani, per valutare la conformità alle norme internazionali sulla sicurezza marittima, protezione dell'ambiente e lavoro. La suddetta direttiva si applica alle navi che - come quelle della *Sea-Watch* - sono registrate come navi polivalenti ma svolgono missioni di salvataggio, ha spiegato Athanasios Rantos martedì a Lussemburgo. Di conseguenza, navi con "gravi carenze" potrebbero essere trattenute.

Sea-Watch aveva presentato una denuncia in Italia perché due delle sue navi tedesche erano state trattenute nei porti siciliani. Le autorità italiane hanno ritenuto che queste navi non fossero attrezzate per trasportare diverse centinaia di persone a bordo. La corte italiana ha chiesto alla Corte di giustizia europea di interpretare le norme del diritto comunitario. Nella sua perizia l'avvocato generale sostiene che una nave che trasporta regolarmente più persone di quelle autorizzate potrebbe, in determinate circostanze, costituire un pericolo. Il che giustificerebbe un ulteriore controllo. Ma ogni caso deve essere preso in considerazione individualmente. I giudici della Corte di giustizia europea non sono obbligati a seguire il parere dell'avvocato generale, ma spesso vi si affidano. La sentenza non è ancora stata pronunciata.

Dal 2015 l'organizzazione *Sea Watch* si dedica ad attività di ricerca e salvataggio dei richiedenti asilo nella regione del Mediterraneo. Finora è stata coinvolta nel salvataggio di più di 37.000 persone, soccorse grazie alle sue navi e aerei da ricognizione. A metà dello scorso anno, dopo le due navi della *Sea Watch* e altre due navi di salvataggio in mare, anche la "Sea-Eye 4" dell'associazione tedesca *Sea-Eye* è stata fermata dalle autorità italiane a Palermo. Come spiegò all'epoca il presidente Gordon Isler a *junge Welt*, la guardia costiera italiana giustificò il fermo dicendo che la nave aveva salvato e trasportato troppe persone. Le navi da salvataggio in mare sono per lo più navi da carico convertite, il cui primo obiettivo è quello di salvare persone. Dato che i porti italiani e maltesi, che sono solitamente i porti sicuri più vicini per lo sbarco, spesso si rifiutano di far entrare le navi per settimane, è veramente da cinici affermare ora che non sono attrezzate per accogliere così tante persone a bordo.

Il loro dispiegamento era diventato necessario da quando le missioni "Mare Nostrum" (2013/14, Italia, circa 150.000 salvataggi) e "Operation Sophia" (2015-2018, UE, più di 50.000 salvataggi) sono state interrotte dall'UE. I naufraghi in difficoltà dipendevano quindi dall'aiuto delle navi mercantili o venivano lasciati alla mercé della cosiddetta guardia costiera libica, che era stata oltretutto finanziata dall'UE. Nel 2019, secondo i dati dell'Organizzazione Internazionale per le Migrazioni (OIM), la "guardia costiera" ha raccolto tra il 70 e l'80 per cento dei richiedenti asilo e li ha internati in Libia. Secondo *Amnesty International*, negli ultimi

cinque anni più di 82.000 rifugiati sono stati rimpatriati nel Paese devastato dalla guerra. Secondo i dati dell'OIM, dal 2014 sono morte o scomparse 23.499 persone nel Mediterraneo.